



Ansprache zur Anbringung des Gedenkzeichens „Die letzte Adresse“
für Horst Avemann, 24. Januar 2023 in Parey (Elbe)

Warum stehen wir an diesem kalten und unwirtlichen Wintertag hier und bringen eine Erinnerungstafel an einen ehemaligen Volkspolizisten an, den wohl kaum einer hier persönlich noch kennt, über dessen Leben wir überhaupt nur recht wenige Informationen besitzen? Wäre es nicht besser, die Vergangenheit ruhen zu lassen und uns den zweifellos sehr drängenden Problemen der Gegenwart zuzuwenden?

Dies wäre sicherlich deutlich bequemer, einfacher – und wärmer. Aber es würde den Tätern von damals in die Hände spielen. Der sowjetische Geheimdienst verhaftete meistens heimlich im Morgengrauen, gerade auch einfache, gewöhnliche Menschen „aus dem Volk“, wie es Horst Avemann war. Sie verschwanden plötzlich, wurden in Geheimprozessen verurteilt, gut 2.000 km von hier entfernt in der Abgeschiedenheit eines düsteren Moskauer Gefängnisses erschossen und ihre Asche in einem anonymen Massengrab verscharrt. Die Lücke, die sie hinterließen, und diese Lücke symbolisiert das Gedenkzeichen mit dem ausgestanzten Quadrat sehr eindrucksvoll, war sichtbar, aber wurde beschwiegen. Das Beschweigen des Verschwindens war Teil des Terrors und auf lange Sicht sollte aus dem Verschweigen Vergessen werden. Dies entsprach der kommunistischen Ideologie, der Einzelne hat keinen Wert, nur das Kollektiv und die Klasse zählen.

Als sich nach dem Zerfall der Sowjetunion die Archive öffneten und die Quellen das wahre Ausmaß der stalinistischen Verfolgung im gesamten sowjetischen Machtbereich offenbarten, stellte sich dieses Problem auf eine ganz andere Weise neu dar. In den Datenbanken der Menschenrechtsorganisation Memorial sammelten sich die Namen von mehreren Millionen Namen von politisch Verfolgten während der Herrschaft Stalins – eine schier unüberschaubare Masse, hinter der die Einzelschicksale kaum mehr wahrnehmbar waren. Doch jeder Mensch hat – wie es unser Grundgesetz nach den Menschheitsverbrechen des NS formuliert – eine Würde und jedes Menschenleben verdient eine Würdigung.

2013 fanden sich deshalb Mitarbeiter von Memorial, Journalisten und Historiker zusammen und gründeten die Stiftung „Die letzte Adresse“. Mit diesem Projekt soll indivi-

duell an Stalinismus-Opfer nach dem Prinzip: „Ein Name, ein Leben, ein Gedenkzeichen“ erinnert werden. Inspiriert haben das Projekt die von Gunter Demnig kreierten Stolpersteine für die Opfer des Nationalsozialismus, doch sind sie durch ihre Gestaltung gut unterscheidbar. Das ist insbesondere für die Verwendung hier in Deutschland wichtig, denn die Erinnerung an die Verbrechen des Stalinismus darf nicht dazu verleiten, die nationalsozialistischen Verbrechen zu relativieren und zu verharmlosen. Deshalb prüft die Stiftung „Die letzte Adresse“ auch genau, ob eine Person in NS- oder Kriegsverbrechen oder in noch heute justiziable kriminelle Straftaten verstrickt war, bevor eine Gedenktafel für sie angebracht wird.

Seit 2014 sind mehr als 1.100 solcher Gedenkzeichen an den letzten Wohnorten von Stalinismusopfern montiert worden, die meisten in Russland. Gedenkzeichen finden sich auch in der Ukraine, in Moldawien, Tschechien und Georgien und eben in Deutschland. Der Stalinismus war kein nationales Phänomen, sondern hat in vielen Teilen Europas Opfer gefordert. Von den fünf bislang in Deutschland installierten Gedenkzeichen gibt es mit dem heutigen Tag zwei in Sachsen-Anhalt. Das erste haben wir im Juli 2020 in Naumburg zur Erinnerung an Helmut Sonnenschein angebracht. Angesichts von mindestens 140 Menschen aus Sachsen-Anhalt, die zwischen 1950 und 1953 in Moskau erschossen wurden, ist dies nur eine sehr kleine Zahl. Umso mehr danke ich sehr herzlichen allen Beteiligten für ihr Engagement, für ihre Unterstützung und vor allem den Mitarbeitern der Stiftung „Die letzte Adresse“ für ihre Zivilcourage und ihren Mut, gerade unter den heutigen Bedingungen in Russland.

Erst am vergangenen Sonntag (22. Januar 2023) hat der erste stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei „Einiges Russland“ Dmitri Vjatkin dazu aufgerufen, Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“ aus dem Lektürekanon an russischen Schulen zu streichen. Das Buch, so begründete Vjatkin seine Forderung, würde „Schmutz auf die eigene Heimat werfen“. Das ist das heutige Russland, werden sich einige von Ihnen jetzt denken und es war auch in der DDR eines der verbotenen Bücher von dessen Existenz niemand wissen sollte. Verbotenes Wissen ist fester Bestandteil von Diktaturen. Und nicht zuletzt sind auch aus Sachsen-Anhalt Menschen von SMT zum Tode verurteilt worden, bei denen auch ein Band von George Orwells 1984 gefunden wurde.¹

Meine Damen und Herren, wir befinden uns hier in der Ernst-Thälmann-Straße. Vor fast 100 Jahren, im Oktober 1923, zettelte Ernst Thälmann in Hamburg einen bewaffneten Aufstand nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution an, der der Weimarer Re-

¹ Meißner .../ Zeitz 1951.

publik ein Ende setzen sollte. 88 Menschen verloren dabei ihr Leben. Hieran zeigt sich: Auch wir Deutsche, wir in Sachsen-Anhalt sind mit unserer Geschichte noch lange nicht im Reinen. Ernst Thälmann – Teddy – ist in der DDR Tradition noch eine weithin unkritisch betrachtete politische Figur. Paradox das noch immer Straßen seinen Namen tragen und nicht die der Opfer des Stalinismus und der SED-Diktatur bzw. von Bürgerrechtlern. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir solche Gedenkzeichen wie „Die letzte Adresse“ bekommen. Sie laden uns in unserem Alltag zum Innehalten und zum Nachdenken ein. Das Gedenkzeichen an ein Opfer des Stalinismus in der Ernst-Thälmann-Straße versinnbildlicht die Widersprüche und Ambivalenzen der deutschen Erinnerungskultur, doch aus dieser Widersprüchlichkeit sollte eine gesellschaftliche Diskussion hier vor Ort angeregt werden.

Die Erinnerungskultur in einem demokratischen Staat ist offen und stets einem Wandel unterworfen. Gedenkzeichen sollen daher kein bestimmtes Geschichtsbild vorgeben, sondern zur historisch-politischen Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Ich würde mich sehr freuen, wenn dies an diesem Ort gut gelingt.

Birgit Neumann-Becker Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED Diktatur

es gilt das gesprochene Wort